



⇒ Torben Schwuchow

Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Populismus schweigen. Über zwei politik-ökonomische Erklärungsversuche der politischen Krise liberaler Demokratien (Philip Manow/ Bruno Amable und Stefano Palombarini)

Mit dem anhaltenden Erfolg populistischer Parteien steigt die Zahl divergierender sozialwissenschaftlicher Deutungsmuster dieser politischen Entwicklung. 2018 sind im Suhrkamp-Verlag zwei Beiträge erschienen, die der Debatte eine neue Stoßrichtung geben wollen. Frei nach dem berühmten Zitat Max Horkheimers¹ haben die Autoren der hier zu besprechenden Bücher ein gemeinsames Anliegen: Sie weisen darauf hin, dass die Krise liberaler Demokratien, die sich in nahezu allen europäischen Staaten im Aufstieg des Populismus manifestiert, nur durch eine Analyse der politik-ökonomischen Verhältnisse verstanden werden kann. Während der Politikwissenschaftler Manow die Erfolge links- und rechtspopulistischer Parteien auf die unterschiedlichen kapitalistischen Wirtschaftssysteme Europas zurückführt, analysieren die Ökonomen Amable und Palombarini den Kollaps des französischen Parteiensystems anhand der historischen Entwicklung politik-ökonomischer Partei- und Regierungsstrategien. Beim Vergleich dieser zwei vielversprechenden Ansätze zeigen sich sowohl die Chancen als auch die analytischen Engpässe einer politik-ökonomischen Krisenperspektive.

Zu Beginn seiner Studie distanziert sich Manow von den zwei

derzeit dominierenden sozialwissenschaftlichen Erklärungsansätze für den Erfolg populistischer Parteien: der Modernisierungsverlierer-These, wonach vor allem sozial Benachteiligte populistische Parteien unterstützen, und der kulturellen These, die den Erfolg des Populismus auf neue kulturelle Spaltungen – etwa zwi-

Philip Manow (2018): Die Politische Ökonomie des Populismus, Berlin: Suhrkamp. 178 S., ISBN 978-3-518-12728-5, EUR 16,00.

Bruno Amable / Stefano Palombarini (2018): Von Mitterrand zu Macron. Über den Kollaps des französischen Parteiensystems, Berlin: Suhrkamp. 255 S., ISBN 978-3-518-12727-8, EUR 16,00.

DOI: 10.18156/eug-1-2019-rez-6

(1) »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.« (Horkheimer 1939, 115)

schen Zentrum und Peripherie oder Kosmopoliten und Kommunitaristen – zurückführt (vgl. 14). Beide Erklärungsansätze greifen für Manow zu kurz. Zwar möchte der Autor auf eine Analyse der ökonomischen Verhältnisse nicht verzichten. Allerdings ist es sein Anspruch, dabei nicht auf eine mono-kausale Erklärung zurückzugreifen, sondern eine Studie vorzulegen, die die unterschiedlichen ökonomischen Hintergründe des populistischen Protests in Europa hervorhebt. Eine vergleichende Politische Ökonomie des Populismus müsse daher »von unterschiedlichen Kapitalismen handeln, um unterschiedliche Populismen zu erklären« (23, Herv. i.O.). Im Anschluss an den Harvard-Ökonomen Rodrik versteht Manow links- und rechtspopulistische Erfolge als Reaktion auf zwei zentrale Herausforderungen der Globalisierung. Je nach Wirtschaftssystem sehen sich die europäischen Staaten entweder mit der Flucht- bzw. Arbeitsmigration oder dem globalen Freihandel politisch konfrontiert, was zu unterschiedlichen populistischen Protestreaktionen führe. Aus dieser theoretischen Prämisse erklärt Manow die verschiedenen populistischen Erscheinungsformen Nord-, Süd-, West-, und Osteuropas: Da in den exportorientierten Wirtschaftssystemen Nord- und Kontinentaleuropas großzügige Wohlfahrtsstaaten den freien Kapital- und Güterverkehr durch sozialpolitische Maßnahmen flankieren, werde hier die Fluchtmigration ins Sozialsystem zum politischen Problem. Laut Manow äußert sich der Protest gegen die Globalisierung in Deutschland, Österreich oder Schweden daher durch rechtspopulistische Parteien, die in erster Linie von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Arbeitsmarktinsider) gewählt werden (vgl. 67). Demgegenüber seien die binnenmarktorientierten Wirtschaftssysteme des Südens besonders vom Verlust der Geldsouveränität und dem globalen Freihandel negativ betroffen. Da sich die Migration weitestgehend auf den informellen Arbeitssektor beschränke, werde sie dort nicht als politisches Problem betrachtet, wohl aber die Liberalisierung des Arbeitsmarkts sowie der freie Kapital- und Güterverkehr (vgl. 64). Der Protest gegen die Globalisierung äußere sich daher in den klientelistischen Wohlfahrtsstaaten Griechenlands, Spaniens oder auch Südtaliens² linkspopulistisch und werde sowohl von den Arbeitsmarktinsidern als auch den -outsidern getragen, die auf eine Integration in den formellen Arbeitsmarkt hoffen

(2) Italien und Frankreich sind für Manow Sonderfälle. In Italien lasse sich jedoch ebenfalls das geografische Protestschema (Norditalien rechts- und Süditalien linkspopulistisch) erkennen (vgl. 124). Frankreich ordne sich wirtschaftspolitisch zwar eher südeuropäisch ein, zugleich sei die Fluchtmigration aber schon früh in Frankreich zum politischen Problem geworden. Daher gebe es hier beide Formen des Protests (vgl. 106f.).

(vgl. 64). Der liberale Wohlfahrtsstaat Großbritanniens wiederum sieht sich laut Manow nicht mit Flucht-, sondern mit Arbeitsmigration als politischem Problem konfrontiert. Hier seien es die Arbeitsmarktoutsider, die sich gegen eine steigende Konkurrenz um Arbeitsplätze wehren und rechtspopulistische Parteien wählen oder für den Brexit gestimmt haben (vgl. 59f., 128f.). Gleiches gelte für die osteuropäischen Länder, wobei Manow eingesteht, dass Polen oder Ungarn nicht als Empfänger, sondern vielmehr als Entsender der Arbeitsmigration in Europa gelten (vgl. 58). Warum, wie Manow schreibt, in Osteuropa ausgerechnet Arbeitsmarktoutsider rechtspopulistische Parteien wie PiS oder Fidez unterstützen (vgl. 68), bleibt vor dem Hintergrund seiner Theorie ungeklärt.

Doch nicht nur in diesem Fall stößt Manows vergleichende Theorie einer Politischen Ökonomie des Populismus an ihre Grenzen. Gleichzeitig ließe sich nämlich fragen, wie nach diesem Erklärungsschema der jüngste Aufschwung der Labour Party in Großbritannien, Teilerfolge einer rechtsextremen Partei (Vox) in Spanien oder die Wahl Bolsonaros in Brasilien, welches als südamerikanisches Land nach Manows (und Rodriks) Theorie eher linkspopulistisch wählen müsste, erklärt werden kann. Derartige Einwände deuten bereits darauf hin, dass das eingängige, aber äußerst knappe Erklärungsmodell Manows Gefahr läuft, eine detaillierte Analyse der jeweiligen populistischen Proteste zu Gunsten einer zwar anregenden, aber doch wenig treffsicheren Metatheorie preiszugeben. Diese analytischen Ungenauigkeiten zeigen sich auch in Manows unsystematischem Gebrauch des Populismus-Begriffs³ sowie einer fehlenden Definition von Rechts- bzw. Linkspopulismus. So gesteht der Autor zwar ein, dass viele rechtspopulistische Parteien »einen durchaus neuen programmatischen Mix [anbieten, T.S.], nämlich eine Kombination von soziokulturell rechten und sozioökonomisch linken Positionen« (45); eine Antwort auf die Frage, warum für diese Parteien dann immer noch das Präfix ›rechts‹ gelten soll, bleibt der Autor jedoch schuldig. Auch seine Darstellung des Linkspopulismus wirkt wenig fundiert. In einer kurzen Notiz zum Linkspopulismus in Südamerika ist zu lesen, dass sich dieser »Ressentiments gegen einen internationalen Finanzmarktkapitalismus bedient [habe, T.S.], obwohl der den lateinamerikanischen Staaten ein auf steigender Staatsverschuldung basierendes Wachstumsmodell beschert hatte« (47). In ähnlicher Weise schreibt Manow über die südeuropäische Linke, dass sie, nachdem ihr auf Staatsschulden basierendes Wachstumsmodell durch die Eurokrise an ein

(3) Zu dieser Kritik an Manow vgl. die Rezension von Wolkenstein (2019).

Ende geraten sei, vor allem Ressentiments gegen die Troika geschürt habe: »Was den lateinamerikanischen Linkspopulisten der IWF war, ist ihren südeuropäischen Gesinnungsgenossen jetzt die Troika. Das Ganze erfährt auch noch eine kulturelle Verstärkung [...]: Dann malt man eben jedem Merkel- oder Schäuble-Foto ein Hitlerbärtchen an.« (54) Dass dieser linken Freihandelskritik handfeste sozio-ökonomische Auseinandersetzungen und wie z.B. im Falle Griechenlands (oder auch Argentinien) massive soziale Verwerfungen zu Grunde liegen, scheint Manow auszuklammern. Das muss an dieser Stelle nicht überbewertet werden, doch für eine Theorie, die sich selbst als politik-ökonomisch ausweist, irritieren solche Auslassungen.

Die Konsequenzen derartiger Auslassungen zeigen sich auch im Hinblick auf Manows Erklärungsansatz für den Erfolg der AfD in Deutschland. Ausgehend von seinen theoretischen Prämissen müsste die AfD dort sehr erfolgreich sein, wo Deutschlands industrielles Modell stark ist. Im zweiten Teil seiner Studie versucht der Autor, diese Annahme anhand einer Auswertung regionaler Arbeitsmarkt- und Wahlstatistiken der Bundestagswahl 2017 zu belegen. Manows Befund ist dabei zunächst eindeutig: Nicht die Modernisierungsverlierer, d.h. prekär Beschäftigte, Geringverdiener oder Arbeitslose unterstützen die AfD, sondern vor allem die bessergestellten Arbeitsmarktsinsider in prosperierenden Regionen (vgl. 87). Wie aktuelle Studien über die Wählerschaft der AfD zeigen, ist diese Behauptung jedoch empirisch nur schwer zu halten.⁴ Interessanterweise finden sich dann auch bei Manow Hinweise darauf, dass seine Darstellung der finanziell abgesicherten Arbeitsmarktsinsider als Kernklientel der AfD zu kurz greift. Denn als weitere Gründe für die Wahl der AfD nennt er neben einer selbst erlebten oder in persönlicher Umgebung wahrgenommenen Phase der Arbeitslosigkeit (vgl. 89) schließlich auch den neoliberalen Kurs der SPD im Zuge der Agenda 2010 sowie die fehlende Alternative einer linken Opposition hinsichtlich der Einwanderungspolitik, die vielen enttäuschten Wählern keine andere Option ließ, als ihren persönlichen Unmut mit dem sozialpolitischen Angebot durch die Wahl der AfD auszudrücken (vgl. 101). Welche Rolle der Wandel sozialdemokratischer bzw. sozialistischer Parteien und der damit einhergehende massive Abbau des Sozialsystems für den Erfolg des Populismus in vielen europäischen Ländern spielt, wird in Manows Analyse

(4) So schreibt Lux (2018) nach einer Auswertung der ALLBUS-Daten 2016, dass die AfD die Partei mit dem größten Anteil von Wählern aus der unteren Einkommensschicht sei (vgl. 267). Für eine Zusammenfassung dieser Studie vgl. URL: https://www.boeckler.de/wsi_blog_116016.htm [abgerufen am 27.03.2019].

jedoch nicht weiter behandelt. So ist es zwar Manows Verdienst, auf die ökonomischen Grundlagen des populistischen Protests hinzuweisen und damit aktuelle Populismusdebatten um einen wichtigen Impuls zu bereichern.⁵ Allerdings endet Manows Studie an derjenigen Stelle, an der er sich viel stärker ins Handgemenge begeben müsste: bei den politischen Auseinandersetzungen um die Zukunft der Sozial- und Wirtschaftspolitik in kapitalistischen Demokratien.

Genau hier setzt die gemeinsame Publikation *Von Mitterrand zu Macron* der Ökonomen Amable und Palombarini ein. Durch eine historische Rekonstruktion der Entwicklung des französischen Parteiensystems erklären die beiden Autoren nicht nur den Aufstieg eines bürgerlichen Blocks, der 2017 in der Präsidentschaftswahl Emmanuel Macrons seinen vorläufigen Höhepunkt fand, sondern auch Teilerfolge links- und rechtspopulistischer Parteien wie des *Rassemblement National* (vormals *Front National*) unter Marine Le Pen oder *La France Insoumise* unter Jean-Luc Mélenchon. Hinter diesen drei politischen Projekten vermuten die Autoren jeweils unterschiedliche Kapitalismusmodelle, die hinsichtlich der Gestaltung der Beschäftigungsverhältnisse, der sozialen Absicherung oder auch der internationalen Einbindung variieren und in unterschiedlichen Bevölkerungsschichten Unterstützung finden (vgl. 15f.). Auch wenn sich der Fokus dieses Buches auf Frankreich beschränkt, zeigen sich gerade in der Gegenüberstellung zu Manows Studie die Vorteile einer solchen Methode.

Wenig überraschend beschreiben die Autoren das politik-ökonomische Projekt Emmanuel Macrons als neoliberales Kapitalismusmodell, welches vor allem von der »Oberschicht (Kapital) und der gehobenen gebildeten Mittelschicht« (17f.) getragen werde. Entscheidend für die Entstehung dieses bürgerlichen Blocks ist nach Ansicht der beiden Autoren jedoch der Zusammenbruch des bis in die 1980er Jahre bestehenden linken Bündnisses zwischen Sozialisten und Kommunisten (vgl. 21). Die Spaltung dieses linken Bündnisses führen Amable und Palombarini auf die gezielte politische Strategie einer neuen Linken zurück, »den kommunistischen Bündnispartner in Schwierigkeiten zu bringen und sich als einzigen politischen Akteur darzustellen, der in der Lage sei, die (neoliberale) Reform des französischen Kapitalismus zu betreiben« (25). Im Zuge dieses machtpolitischen Umdenkens habe sich die Sozialistische Partei zunehmend auf Distanz zu den sogenannten einfachen Schichten (*classes populaires*) begeben und sich stattdessen an den Ansprüchen eines bür-

(5) Vgl. Manows Einwände gegen die breit geführte identitätspolitische Populismusdebatte (Manow 2019).

gerlichen Lagers orientiert (vgl. 41). Diese Perspektive auf die Entwicklung sozialistischer Parteien ist zwar nicht neu; entscheidend ist jedoch, dass die beiden Autoren als Hauptkonflikt des alten linken Bündnisses den europäischen Integrationsprozess ausmachen. Während die größtenteils kommunistischen Repräsentanten der ›*classes populaires*‹ der EU aufgrund ihrer wirtschaftsliberalen Verfassung skeptisch gegenüberstanden (vgl. 110), habe die neue Linke bereits in den 1970er Jahren den europäischen Einigungsprozess als Vorwand benutzt, um mit dem linken Bündnispartner zu brechen und ihre wirtschaftsliberalen Reformprojekte zu legitimieren (vgl. 109). Dabei profitierten die neuen Linken auch von der Spaltung des rechten Blocks, der sich ebenfalls aus Befürwortern (Handwerker, Gewerbetreibende, Selbstständige) und Gegnern einer neoliberalen Politik (Beschäftigte im Privatsektor) zusammensetzte (vgl. 61). Laut Amable und Palombarini diene die europäische Integration also in erster Linie dazu, die Unterstützer neoliberaler Reformen aus dem rechten und linken Lager zu vereinen und die einfachen Schichten von der politischen Repräsentation auszuschließen (vgl. 139f). Diese Bildung des bürgerlichen Blocks, die bereits in den 1970er Jahren begonnen hatte und von Delors bis zu Hollande maßgeblich vorangetrieben wurde, gipfelte schließlich in der Wahl Emmanuel Macrons (vgl. 180). Durch die historische Rekonstruktion dieser Entwicklung, die anhand vieler Primärquellen (v.a. öffentlichen Stellungnahmen Jacques Delors' sowie Strategiepapieren des linken Think Tanks *Terra Nova*) belegt wird, gelingt es den Autoren nicht nur, einen kritischen Blick auf den europäischen Einigungsprozess zu werfen, sondern auch, die gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Konfliktlinien Frankreichs anschaulich nachzuzeichnen. Dabei betonen sie, dass es momentan keinem politischen Block gelinge, eine dauerhafte hegemoniale Stellung einzunehmen. Während Macron bemüht sei, möglichst schnell und kompromisslos den Umbau des französischen Kapitalismus voranzutreiben, um sich seine eigene Machtbasis zu schaffen (vgl. 205), gelinge es den rechts- bzw. linkspopulistischen Parteien nicht, stabile Mehrheiten zu organisieren.

Nach Ansicht der Autoren konnte weder der *Rassemblement National* noch *La France Insoumise* die Repräsentationslücke schließen, die der Zusammenbruch des linken und rechten Blocks hinterließ. Anders als von vielen behauptet,⁶ sei es Marine Le Pen nicht gelungen, eine breite Allianz der einfachen Schichten zu bilden. Vielmehr betonen die

(6) Eine abwägende Diskussion der These, dass rechtspopulistische Parteien die neuen Arbeiterparteien seien, bieten Jörke/Nachtwey (2017).

Autoren ausdrücklich, dass gerade die enttäuschten Wähler des alten linken Blocks zur Nichtwahl getrieben worden seien (vgl. 46). Zudem sei der *Rassemblement National* von heftigen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen geprägt, sodass auch den Autoren eine klare Einordnung des dahinter stehenden Kapitalismusmodells nicht recht gelingen will. Während noch zu Beginn der Studie von einem »illiberal-identitären« Projekt zu lesen ist (vgl. 15f.), das in großen Teilen von einfachen Schichten getragen werde und (zumindest verbal) Sozialstaatsmaßnahmen verspreche, gelangen die Autoren am Ende ihres Buches zu dem durchaus überraschenden Fazit, dass sich auf längere Sicht ein ultra-liberaler, dezidiert pro-europäischer Flügel durchsetzen wird, der im Zweifel Macrons Reformprojekte mitträgt (vgl. 221f.). Im Achtungserfolg Jean-Luc Mélenchons sehen die Autoren zwar einen Wiederbelebungsversuch des alten linken Bündnisses, das sich teilweise die Unterstützung der ›classes populaires‹ sichern konnte (vgl. 224). Allerdings drohe auch dieses Kapitalismusmodell, das in der Studie als »sozialistisch-ökologisch« (15f.) beschrieben wird, an der Frage des europäischen Einigungsprozesses zu zerbrechen (vgl. 225). Statt also das sozialistisch-ökologische Kapitalismusmodell Mélenchons zu unterstützen, plädieren Amable und Palombarini für eine neue linke Strategie, die den Schutz der benachteiligten Schichten und die soziale Solidarität ins Zentrum stellt – allerdings ohne dabei Zugeständnisse zu machen, »um die gesamten einfachen Bevölkerungsschichten einen zu wollen, oder faule Kompromisse auszuhandeln, um die von Macron verführten bürgerlichen Schichten zurückzugewinnen« (240f.).

Auch wenn die Autoren an solchen Stellen oft zu schnell verfahren und ihre Einschätzungen zur Zukunft des *Rassemblement National* oder einer neuen linken Strategie nicht weiter ausführen, liefert die insgesamt sehr lesenswerte Studie doch wichtige Erkenntnisse für die weiterführende sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Populismus und der Krise der Demokratie. Indem Amable und Palombarini den Erfolg populistischer Parteien nicht als Folge angeblich unvermeidlicher Globalisierungsherausforderungen, sondern als Ergebnis handfester sozio-ökonomischer Konflikte deuten, machen sie auf die jeweils zu analysierenden gesellschaftspolitischen Grundlagen dieses Erfolgs aufmerksam. Gerade im Vergleich zu Manows Studie wird damit klar, dass eine politik-ökonomische Analyse klassenpolitische Konflikte nicht ausklammern darf, wenn die Umbrüche des Parteiensystems verstanden werden sollen. Durch die historische Einbettung dieser politischen Krise verdeutlichen Amable und Palombarini zudem, dass sowohl das neoliberale als auch das illibe-

ral-identitäre Kapitalismusmodell auf wackeligen Beinen stehen und gestürzt werden können. Die Risse dieser Kapitalismusmodelle aufzuzeigen und an solidarischen Gegenstrategien zu arbeiten, ist Amable und Palombarini für Frankreich gelungen. Eine politik-ökonomische Analyse der deutschen Verhältnisse könnte und sollte sich daran ein Beispiel nehmen.

⇒ Literaturverzeichnis

Horkheimer, Max (1939): Die Juden und Europa, in: Zeitschrift für Sozialforschung 8 (1939–1940), 115–136.

Jörke, Dirk / Nachtwey, Oliver (2017): Die rechtspopulistische Hydraulik der Sozialdemokratie. Zur politischen Soziologie alter und neuer Arbeiterparteien, in: Dies. (Hg.): Das Volk gegen die (liberale) Demokratie, Baden-Baden: Nomos, 163–186.

Lux, Thomas (2018): Die AfD und die unteren Statuslagen, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70, 255–273.

Manow, Philip (2019): Politischer Populismus als Ausdruck von Identitätspolitik?, in: APuZ 9–11, 33–40. URL: <http://www.bpb.de/apuz/286510/politischer-populismus-als-ausdruck-von-identitaetspolitik-ueber-einen-oekonomischen-ursachenkomplex> [abgerufen am 27.03.2019].

Wolkenstein, Fabio (2019): Lesenotiz zu Philip Manow. URL: <https://www.theorieblog.de/index.php/2019/03/lesenotiz-zu-philip-manow-die-politische-oekonomie-des-populismus-frankfurt-am-main-2018/> [abgerufen am 27.03.2019].

Torben Schwuchow, *1990, Institut für Politikwissenschaft, Arbeitsbereich Politische Theorie und Ideengeschichte, Technische Universität Darmstadt (schwuchow@pg.tu-darmstadt.de).

Zitationsvorschlag:

Schwuchow, Torben (2019): Rezension: Wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll vom Populismus schweigen. Über zwei politikökonomische Erklärungsversuche der politischen Krise liberaler Demokratien (Philip Manow / Bruno Amable und Stefano Palombarini). (Ethik und Gesellschaft 1/2019: Öffentliche Theologie). Download unter: <https://dx.doi.org/10.18156/eug-1-2019-rez-6> (Zugriff am [Datum]).



ethikundgesellschaft
ökumenische zeitschrift für soziaethik

1/2019: Öffentliche Theologie

Florian Höhne: »Öffentlichkeit« als Imagination und Ensemble sozialer Praktiken. Zur Relevanz einer Schlüsselkategorie Öffentlicher Theologie in digitalen Kontexten

Frederike van Oorschot: Iudex, norma et regula? Zur Schrifthermeneutik Öffentlicher Theologie

Christiane Alpers: Gott und Mensch in der Öffentlichkeit. Zur Sakramentalität des Säkularen

Andreas Telser: Konturen Öffentlicher Theologie im Werk David Tracys

Julian Zeyher-Quattlender: Öffentliche Theologie. Eine lutherische Aneignung

Tobias Faix: »Wie spricht die Kirche zu unserer Welt?« Von Charles Taylors ›Bewohnenden‹ und ›Suchenden‹ und deren Bedeutung für die Kirche